

## Dokumentation

### Vera Grabe: Kolumbien zwischen Alptraum und Hoffnung

6. Mai, 2014 – Diplomatische Akademie, Wien



© Ralf Leonhard

*Dokumentation: Lisa Bertrams, editiert von Martina Neuwirth*



diplomatische  
akademie wien  
Vienna School of International Studies  
Escuela de Estudios Internacionales de Viena

HERBERT C. KELMAN INSTITUTE  
for interactive conflict transformation



gefördert durch die

Österreichische  
Entwicklungszusammenarbeit

## Begrüßung



**Martina Neuwirth:** Ich darf Sie im Namen des VIDC herzlich zur heutigen Veranstaltung zum Friedensprozess in Kolumbien begrüßen. Wir möchten uns bei der Diplomatischen Akademie für die Kooperation bedanken. Mein Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen vom VIDC für die Hilfe bei der Vorbereitung, und der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit für die Finanzierung dieser Veranstaltung.

## Hintergrund

**Martina Neuwirth:** Die Debatte heute Abend führt uns nach Kolumbien – einem Land, das nach 50 Jahren an bewaffnetem Konflikt nun vielleicht einer friedlicheren und stabileren Zukunft entgegen sieht. Immerhin wird seit etwa 1 ½ Jahren in Havanna ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der FARC-Guerilla verhandelt. Ein Abschluss könnte noch in diesem Jahr folgen. Aber Frieden wird nicht nur auf dem Papier geschaffen.

Was es dazu in Kolumbien braucht, wird Vera Grabe, die für diese Veranstaltung aus Kolumbien angereist ist, im Gespräch mit Ralf Leonhard erörtern. Vorerst möchte ich Sie herzlich willkommen heißen! Bevor ich an Ralf Leonhard (dem Moderator des heutigen Abends bzw. dem Hauptinitiator dieser Veranstaltung) übergebe, möchte ich ihn noch kurz vorstellen:

*Ralf Leonhard* ist Journalist und ausgewiesener Kolumbien-Experte. Er war fast 15 Jahre in Zentral- und Südamerika als Korrespondent für verschiedene Medien tätig und vertritt hier auch das Herbert C. Kelman- Institut für Interaktive Konflikttransformation und die Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA), die seit über drei Jahrzehnten die Zeitschrift „Lateinamerika anders“ herausgibt. Er ist Absolvent der Diplomatischen Akademie.

## Einführung von Ralf Leonhard



**Ralf Leonhard:** Kolumbien ist ein reiches Land und liegt geographisch in einer privilegierten Position in der nordwestlichen Ecke Südamerikas, als einziges Land des Subkontinents mit Küsten am Atlantik und am Pazifik. Der Reichtum an Bodenschätzen und fruchtbarem Land hat Kolumbien seit der Ankunft der Spanier vor 500 Jahren zum Ziel von Plünderungen und Raubbau gemacht. Die privilegierte Lage macht das Land zum idealen Ausgangspunkt von Schmuggelrouten Richtung USA und Europa, was einer der Gründe ist, warum

sich gerade in Kolumbien der Drogenhandel zu einem ebenso einträglichen wie blutigen Wirtschaftszweig entwickeln konnte.

In den bald 200 Jahren Existenz als unabhängige Republik ist Kolumbien immer von einer kleinen aber wirtschaftlich mächtigen Elite beherrscht worden. Der Großonkel des gegenwärtigen Präsidenten Juan Manuel Santos regierte in den 1930er Jahren. Die Regierungszeiten zwischen dem vorletzten Präsidenten, Andrés Pastrana, und seinem Vater in den 70er Jahren und jene von Vater und Sohn López Pumarejo bzw. López Michelsen lagen noch enger beisammen. Diese winzige Elite kontrolliert Wirtschaft, Landeigentum, Medien und den Staatsapparat. Laut Angaben des Katasteramtes (Instituto Geográfico Agustín Codazzi) verfügen 0,4 Prozent der Landeigentümer über mehr als 61 Prozent des privaten Landes, während die 97 Prozent der Klein- und Subsistenzbauern sich weniger als ein Viertel des Landes untereinander aufteilen müssen. Gleichzeitig gelten 62 % des nutzbaren Landes als schlecht oder kaum genutzt. Land ist also nicht unbedingt ein Produktions-, sondern ein Machtfaktor. Deswegen haben sich die Großgrundbesitzer auch jeder Agrarreform erfolgreich widersetzt.

Die Wirtschaftsstrukturen, die diese Konzentration des Reichtums perpetuieren und die Praxis, dass die Politik als geschlossener Klub funktioniert, der neue Mitbewerber nicht zulässt, gelten als zentrale Ursachen des bewaffneten Konflikts, der seinen Ausgang um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts nahm. Liberale und Konservative, die beiden großen Parteien, haben sich im Laufe der Geschichte an der Macht abgewechselt und immer wieder in Bürgerkriegen zu vernichten versucht. Der bisher letzte in dieser Abfolge von Bruderkriegen nahm seinen Ausgangspunkt mit der Ermordung des liberalen Populisten Jorge Eliécer Gaitán am 9. April 1948. Es kam zu einem Aufstand in Bogotá, bekannt als *Bogotazo*, und in der Folge zu einem jahrelangen Kleinkrieg, in dem liberale und konservative Bauernmilizen gegeneinander aufgehetzt wurden. Die katholische Kirche als Kriegstreiberin hat da eine besonders unrühmliche Rolle gespielt und allen, die einen Liberalen töteten, schon im Voraus die Absolution erteilt.

Das Morden wurde durch den Staatsstreich von General Gustavo Rojas Pinilla zwar nicht beendet, aber Liberale und Konservative erkannten, dass sie dem Land nur Stabilität bringen konnten, wenn sie sich einigten. Das taten sie mit bemerkenswerter Konsequenz. Es wurde 1957 vereinbart, dass die beiden Parteien einander 16 Jahre lang an der Präsidentschaft abwechseln würden und die Sitze im Parlament – unabhängig vom Wahlergebnis – Fifty-Fifty aufgeteilt werden sollten.

Es ist eine Ironie der Geschichte, dass ausgerechnet der Putschist Rojas Pinilla dieses System herausfordern sollte und 1970 mit einer populistischen Oppositionsallianz ANAPO das Zweiparteiensystem zu sprengen drohte. Als er in der Wahnacht tatsächlich vorne lag, wurde die Stimmauszählung unterbrochen und am nächsten Tag der Konservative Misael Pastrana zum Sieger erklärt. Rojas Pinilla akzeptierte den offensichtlichen Wahlbetrug. Aber der linke Flügel rief zum Protest auf und entschloss sich angesichts der Aussichtslosigkeit, auf legalem Weg an die Macht zu kommen, zum bewaffneten Kampf. Die neue Guerilla nannte sich nach dem Tag des Wahlschwindels „Bewegung 19. April“ – M-19. Vera Grabe war damals dabei und könnte darüber viel erzählen. M-19 suchte zunächst nicht die militärische Konfrontation mit der Armee, sondern versuchte durch aufsehenerregende Aktionen auf sich aufmerksam zu machen. So raubte sie aus dem Museum den Degen des Befreiungshelden Simón Bolívar und versprach, ihn erst zurückzugeben, wenn Kolumbien so demokratisch geworden sei, wie es Bolívar einst erträumt hatte.

Die ersten bewaffneten Organisationen waren aber schon zehn Jahre vorher entstanden: Die *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* (FARC) aus Überresten liberaler und kommunistischer Bauernmilizen. Das Volksbefreiungsheer (Ejército de Liberación Nacional, ELN) in der Tradition der kubanischen Revolutionäre und mit starken christlichen Elementen. Der legendäre Jesuitenpater Camilo Torres starb in den Reihen des ELN. Dann gab es noch die maoistische EPL und die indianische Guerilla Quintín Lame, die eigentlich aus dem gewaltfreien Widerstand gewachsen war.

Auf Jahre gnadenloser Repression, in denen nicht nur die Rebellen, sondern auch deren mögliche Sympathisanten und selbst völlig unbeteiligte Angehörige verfolgt, gefoltert und ins Exil getrieben wurden, suchte der konservative Präsident Belisario Betancur 1984 schließlich die politische Lösung und lud alle Guerillagruppen zum Dialog ein. Dafür hatte er allerdings nicht die volle Unterstützung der Armee und der Geheimdienste. Das zeigte sich, als die FARC mit der Patriotischen Union (UP) eine Partei gründete, die in vielen Regionen auf Anhieb äußerst erfolgreich war. Im Laufe der Jahre wurden mehr als 5000 Aktivisten, Mitglieder, Bürgermeister, selbst ein Senator und zwei Präsidentschaftskandidaten der UP ermordet - viele von staatlichen oder parastaatlichen Akteuren.

Die M-19 versuchte im November 1985 mit der Einnahme des Justizpalasts Druck auf die Regierung auszuüben, hatte aber nicht mit der Brutalität der Armee gerechnet, die gegen den Willen des Präsidenten das Gebäude im Sturm nahm, in Brand setzte und auch den Tod von Richtern und zivilen Angestellten in Kauf nahm, um die Geiselnahme zu beenden. Bis heute weiß man nicht genau, wie viele Menschen ums Leben kamen, es waren etwa 100. Von einigen ist dokumentiert, dass sie überlebten aber dann im Gewahrsam der Armee verschwanden.

Für M-19, die einen großen Teil ihrer Führung in den Flammen des Justizpalastes verlor, war der Zeitpunkt gekommen, andere Wege zu suchen. Es sollten aber noch einige Jahre vergehen und viel Blut fließen, bis es neuerlich zum Dialog kam und unter Präsident Virgilio Barco 1990 ein Abkommen unterzeichnet wurde, das zur freiwilligen Entwaffnung der M-19-Guerilla führte. Und schon 1991 war die nunmehr Politische Allianz M-19, legitimiert durch Wahlen, eine der bestimmenden Kräfte bei der Ausarbeitung der neuen Verfassung. Diese Verfassung hat das politische Leben und die Justiz demokratisiert und gilt als eine der modernsten in Lateinamerika.

Nicht beteiligt waren die FARC, die durch die Erfahrungen mit ihrem politischen Arm, der Unión Patriótica, in der Überzeugung bestärkt wurden, dass der zivile Weg nicht weiterführt.

Jahrelang wurde der bewaffnete Kampf dann in den Hintergrund gedrängt durch den Krieg gegen die Drogenkartelle, speziell das Kartell von Medellín des Pablo Escobar, das durch Morde und Bombenanschläge den Staat zu erpressen versuchte, damit diese ein Auslieferungsabkommen mit den USA nicht unterschreibt.

Den Kampf gegen die Guerilla und vor allem deren soziale Basis überließ die Armee immer mehr den paramilitärischen Gruppen, die aus Selbstschutzverbänden entstanden waren. Sie waren von den Großgrundbesitzern gegründet worden, um sich von den Schutzgeldzahlungen an die Guerilla freizumachen. Sowohl Guerilla als auch Paramilitärs, die nach und nach ein eigenständiges Leben entwickelten und eigene ökonomische und teils auch politische Ziele verfolgten, verstrickten sich immer mehr in den Drogenhandel, das lukrativste Geschäft.

Es war dann ausgerechnet der konservative Präsident Andrés Pastrana, der 1998 im Wahlkampf den Frieden versprach und sich sogar mit FARC Kommandant Tirofijo traf, um seinem Plan

Glaubwürdigkeit zu verleihen. Der Dialog fand vereinbarungsgemäß in einer entmilitarisierten Zone, dem Caguán, statt, wo die FARC de facto die Kontrolle übernehmen konnten. Zwischen den Verhandlungsrunden hielten sie dort Hof und empfingen Delegationen von Politikern, Bauernorganisationen, selbst Unternehmer, Diplomaten und natürlich Journalisten, die erstmals die Gelegenheit bekamen, gefahrlos Comandantes im eigenen Land zu interviewen. Inhaltlich ging wenig weiter und beide Seiten nützten die Zeit, um militärisch aufzurüsten. Das Scheitern dieses Prozesses brachte dann einen Mann an die Macht, der politisch den rechten Paramilitärs nahestand und mit dem Versprechen der harten Hand auch bei der städtischen Mittelschicht gut ankam. Álvaro Uribe rüstete auf, brachte lang aufgegebene Gebiete wieder unter militärische Kontrolle und militarisierte die Landstraßen, wo die Guerilla lange Zeit wahllos Menschen gekidnappt hatte, um sie gegen Lösegeld wieder freizulassen. Ein Spitzelsystem wurde aufgebaut, Gewerkschaftsarbeit reprimiert, die militärischen Erfolge wurden durch verbrecherische Methoden aufgebessert. So haben Soldaten, um Prämien oder Vergünstigungen zu lukrieren, mehrere tausend junge Burschen aus den Armenvierteln verschleppt, in Uniformen gesteckt, ermordet und dann als tote Guerilleros der Presse präsentiert.

Verhandelt hat Uribe nur mit den Paramilitärs, denen er Strafminderung zusicherte, wenn sie die Waffen niederlegen. Seither gibt es offiziell keine Paramilitärs mehr. Aber viele von deren Mitgliedern organisierten sich neu unter den unterschiedlichsten Namen und werden heute kollektiv als *Bacrim* – kriminelle Banden - bezeichnet.

Soviel zum historischen Hintergrund, damit das, was Vera Grabe jetzt über den neuen Friedensprozess und die Aussichten auf einen echten und nachhaltigen Frieden erzählen wird, besser verständlich wird.

## Vortrag Vera Grabe



**Vera Grabe:** Dieser Vortrag sucht den heutigen Prozess zum Frieden zu verstehen, aus der Sicht der eigenen Erfahrung, aber auch im Bewusstsein, dass jeder Prozess seine Eigenart hat, weil er aus verschiedenen Werdegängen und Denkungsarten entsteht. Die FARC sind nicht M-19. Und 2014 ist nicht 1990. Aber ich bin davon überzeugt, dass man von jedem Frieden und menschlichen Prozess lernen kann, auch und gerade dann, wenn man etwas

Neues erzeugen will.

Aus Havanna kommt ein Schiff, beladen mit ... Frieden. ... Es gibt ein Spiel in Kolumbien, bei dem es darum geht, viele Dinge nacheinander aufzuzählen, und es verliert derjenige, der eines der Dinge vergisst oder nicht in der rechten Ordnung aufzählt. Aus Havanna sollen heute Frieden, Veränderungen, Reformen und Versöhnung für Kolumbien kommen.

Kolumbien ist das Land mit der ältesten Guerilla Lateinamerikas, mit bewaffneten Auseinandersetzungen, aber auch mit vielen Friedensversuchen. Seit 1980, als die M-19 die

dominikanische Botschaft besetzte, redet man von Frieden: von Seiten der Guerilla, der Gesellschaft, und der Regierungen. Einige Prozesse haben den Konflikt vertieft, andere haben funktioniert und zu einem Teilfrieden und zu wichtigen Veränderungen geführt. Wie zum Beispiel die Prozesse und die Entwaffnung von sechs Guerillagruppen zwischen 1990 und 1994. Totalen Frieden hat es in Kolumbien noch nie gegeben.

Seit 17 Monaten treffen sich die FARC und die Regierung Kolumbiens am Verhandlungstisch in Kuba. Es ist allein schon wichtig, dass das überhaupt geschieht, dass man wieder von Frieden reden kann, denn unter der Regierung von Álvaro Uribe war das Wort verpönt. Aber es ist nicht genug, denn die Öffentlichkeit erwartet heute nicht nur Fortschritte am Verhandlungstisch, sondern dass sich etwas tut und bewegt.

Die Regierung und die FARC haben im August 2012 ein Allgemeines Übereinkommen unterschrieben: „Direkte und ununterbrochene Gespräche zu beginnen, um eine endgültige Einigung zur Beendigung des Konflikts zu erreichen, um zu einem stabilen und dauerhaften Frieden beizutragen.“

Die Agenda besteht aus sechs Kapiteln: Entwicklung der Landwirtschaft und Agrarprobleme; politische Partizipation; Ende des Konflikts (Einstellung der Feindseligkeiten, Waffenabgabe, Sicherheit, Gerichtsverfahren, Bekämpfung krimineller Organisationen); Lösung des Problems der illegalen Drogen; Opfer; Umsetzung und Überprüfung der Vereinbarungen. Ein wesentlicher Punkt ist die Aussage, dass "nichts vereinbart ist, bis alles vereinbart ist." Das heißt, es ist nicht ein schrittweiser Prozess: Es geht darum, das ganze Paket fertig zu verhandeln. Und die Gespräche finden inmitten der Konfrontation statt. Obwohl es vorübergehend einen Waffenstillstand gegeben hat, geht der Krieg weiter.

Bisher wurden zwei Kapitel abgeschlossen: Die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung und die politische Partizipation. Bei ersterer geht es darum, die Bedingungen auf dem Land zu verbessern und die Kluft zwischen Stadt und Land zu schließen, mit Plänen und Programmen zur Überwindung der extremen Armut und der schwachen Institutionalität. Für die FARC fehlt noch eine Diskussion über den Großgrundbesitz und den von ausländischen Investoren dominierten Bergbau. Bei der politischen Partizipation geht es darum, die unbewaffnete politische Aktion zu fördern und die Umwandlung der bewaffneten Gruppe in eine politische Bewegung zu erreichen. Das Übereinkommen enthält: Rechte und Garantien für die politische Opposition und für die Bewegung, die sich aus den FARC entwickeln soll; Schutz und Achtung des Lebens der Beteiligten; Schaffung von eigenen Übergangs-Friedensbezirken, um Gebiete, die besonders vom Konflikt betroffen sind, in politische Prozesse einzubeziehen; Mechanismen für demokratische Bürgerbeteiligung; eine neue Redeweise und Kultur der Versöhnung, Koexistenz, Toleranz und Nicht- Stigmatisierung ... alles zur „Stärkung der Demokratie“. Man spricht sogar von einer Geschlechterperspektive und der Sicherstellung der politischen Partizipation von Frauen. Keine geringen Themen.

In den letzten fünf Monaten haben die Verhandlungsführer damit begonnen, das Problem des Drogenhandels aus der Perspektive des illegalen Anbaus zu diskutieren. Sieben der 23 Verhandlungsrunden drehen sich um das Thema. Sie haben zuletzt gesagt, dass es „Fortschritte in der Diskussion und der Konstruktion eines Übereinkommens gibt.“ Die Regierung will konkrete Fortschritte. Die FARC scheinen abzuwarten, wie es nach den Wahlen aussehen wird und mit wem sie dann verhandeln sollen.

Es gibt zwei heikle Themen: die Opfer und das Thema Waffenabgabe sowie die Entscheidungen über die Zukunft der Guerillaführer.

In Kolumbien gibt es heute insgesamt 6,3 Millionen anerkannte Opfer. Das ist nicht nur eine große Anzahl, sondern die Opfer haben sich in den letzten zehn Jahren in einen Akteur mit eigener Stimme verwandelt, mit Bewusstsein für ihre Rechte. Die Opfer verlangen, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Beim Thema „Opfer“ geht es unter anderem auch um die Unterstützung, die die FARC und der Prozess brauchen. Die FARC sagen, dass sie bereits einen Vorschlag für Wiedergutmachung haben, aber der geht nicht „über das Gefängnis“. Sie verlangen zunächst "eine Kommission zur Klärung der Ursachen und Verantwortungen im bewaffneten Konflikt (seit 1936)", ohne die man, so sagen sie, nicht über das Thema Opfer und Verantwortliche sprechen kann. Einen Teil dieser Arbeit hat die Gruppe für historische Erinnerung schon erledigt, aber nur ab 1964, als die Guerillas entstanden.

Die Forderung liegt in der Position der FARC begründet, die sich auch heute noch als Opfer bezeichnen. Daraus erklären sie ihren Ursprung und ihre Existenz. Denn ihr Ursprung als Widerstandsbewegung und Reaktion auf die staatliche Gewalt in den 1950er und 60er Jahren war die Rechtfertigung ihres bewaffneten Kampfs. Iván Márquez, einer der Verhandlungsführer der FARC, sagte es so: "Es geht darum, ein vollständiges Bild von den Schrecken der Gewalt und den Folgen der Reaktion des Volkes herzustellen. Und dann, wenn man die wahre Geschichte dessen, was in sechs Jahrzehnten an brudermörderischen Konfrontationen passiert ist, ermittelt hat, können alle Seiten, die Opfer und die Öffentlichkeit, eine Lösung finden, die natürlich politisch ist."

Von Seiten der Regierung wird gesagt, dass eine Wahrheitskommission erst nach der Unterzeichnung einer endgültigen Vereinbarung gebildet werden soll, und dass dann dort alle Seiten zu "allen Wahrheiten" beitragen sollen.

Dieses Problem ist besonders heikel, da viele erwarten, dass sich die FARC nicht mehr als Opfer darstellen, sondern sich zu ihrer Verantwortung im Konflikt bekennen. Dieses Thema hängt auch mit einem der zentralen Punkte der Verhandlungen zusammen: die Übergangsgerechtigkeit. Während Opfergruppen Anerkennung und Antworten fordern, verlangen die FARC, dass sie nicht vor Gericht gestellt werden, um im Gefängnis zu landen.

Hier muss man an ein anderes komplexes Thema anknüpfen: die Entwaffnung, Entscheidungen über die Zukunft der Guerilla-Führer, die wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt sind. Natürlich wird kein Kommandant etwas verhandeln, was ihn ins Gefängnis bringt. Und beide, Regierung und FARC, haben eine zentrale Frage zu lösen: die Sicherheitsgarantien für das Leben der Anführer der FARC.

Manche meinen, dass der Prozess wenige Ergebnisse zeigt, nur Mitteilungen über "die Fortschritte". Andere behaupten, dass man den Prozess nicht als „langsam“ beurteilen kann, wenn man ihn mit anderen Prozessen in der Welt vergleicht und die Komplexität und die langen Jahrzehnte der Konfrontation in Kolumbien berücksichtigt. In weniger als einem Jahr wurden Übereinkommen in zwei zentralen Fragen erzielt: Agrarpolitik und politische Beteiligung. Es ist offensichtlich, dass ein so kompliziertes Problem wie Drogen und Drogenhandel Zeit braucht.

Der Prozess ist von der Präsidentschafts-Kampagne durchkreuzt. Frieden ist ein wichtiges Thema für alle Kandidaten und Positionen dafür und dagegen bestimmen den Wahlkampf vor allem der beiden Gegenspieler Uribe und Santos. Aber der Wahlkampf beschleunigt den Prozess nicht. Es scheint vielmehr so, also ob die FARC sehen wollten, wie es Präsident Juan Manuel Santos in der ersten Runde geht, und wer dann die Verhandlungen fortsetzt.<sup>1</sup>

Von den Friedensprozessen der 90er Jahre, bei denen fünf Guerillaorganisationen ihrem bewaffneten Kampf ein Ende gesetzt haben, wollen die FARC bisher nichts oder wenig wissen. Damals bezeichneten sie uns als "Verräter", weil wir uns für den legalen politischen Kampf entschieden hatten. Und jetzt wollen sie etwas Anderes und Neues, das bloß keine Ähnlichkeit mit der Vergangenheit haben soll. Auch die Regierung hatte zunächst die Prozesse der 90er Jahre unterbewertet, sie seien "keine Friedensprozesse". Es werden lieber Erfahrungen aus Irland, Südafrika, El Salvador, Guatemala und anderen Ländern betrachtet, weil dort angeblich "ein kompletter Frieden" erreicht wurde. Die kolumbianische Erfahrung will man nicht gerne wahrhaben und von ihr lernen, weil der Prozess von 1990 und 1991 teil- und stufenweise war und aktive Guerillagruppen (FARC, ELN und ein Teil der EPL) zurückblieben.

In diesem Sinne ergeben sich mehrere Fragen:

1. Kann und soll man die Erfahrung und die bestehenden Modelle so ignorieren und alles neu erfinden?
2. Kann man heute von einem Friedensprozess sprechen; oder von einem Gesprächs- und Verhandlungstisch, wo es Vereinbarungen gibt, die einen langen Übergang zum Frieden erfordern?
3. Wie groß ist der Umfang dieses Friedens?
4. Abgesehen davon, dass die Gesellschaft Vorschläge einbringen darf: Wie und wo ist die effektive Beteiligung der Gesellschaft an diesem Prozess?
5. Was geschieht mit den Militärs, die ein wichtiger Akteur sind?
6. Ist eine neue Verfassungsgebende Versammlung möglich, erforderlich und wünschenswert?
7. Geht es um Post-Konflikt oder Übergang?

Aus meiner Sicht ist es absurd, die gemachten Erfahrungen mit allen ihren Erfolgen und Schwierigkeiten zu leugnen. Es ist immer hilfreich, von anderen Erfahrungen zu lernen, selbst wenn man etwas Neues schaffen will. Und wenn es darum geht, Frieden zu schaffen und zu erreichen, muss man anerkennen, dass Kolumbien auch eine Geschichte des Friedens hat. Und ebenso muss man von all den anderen Erfahrungen in der Welt lernen.

Es ist begreiflich, dass der Prozess von der gebotenen Diskretion umgeben ist. Aber es ist ebenso problematisch, so wenig über den wirklichen Prozess zu wissen. Ich spreche von denen, die nicht nach Havanna reisen. Wir haben Vertrauen und Hoffnung. Aber wo ist die Bewegung, welche Veränderungen gibt es bei und zwischen den Akteuren? Wenn auch hinter verschlossenen Türen

---

<sup>1</sup> Anm. VIDC: Im Juni 2014b gewann Präsident Juan Manuel Santos die Stichwahl und blieb im Amt. Das Ergebnis wird auch als Zustimmung zum Friedensprozess gewertet.



Fortschritte erzielt werden: So wenig konkrete Information über die Entwicklung und Bewegung zu haben, schwächt das anfängliche Interesse und die Begeisterung.

Unter dem Dach des Prozesses und aufgrund des Interesses, auf ihn einzuwirken, gibt es heute eine Menge Gespräche und Debatten. Viele wichtige Themen, Gedanken und Vorschläge sind im Gange. Auch die ELN wartet darauf, dass die Regierung auf ihren Wunsch nach Frieden reagiert. Künstler sprechen von Frieden, es gibt Werbung, Diskussionen und vor allem viele Vermutungen. Die Regierung hat Umfragen und Mechanismen in Gang gesetzt, damit Vorschläge und Fragen der Bevölkerung Havanna erreichen. In vielen Szenarien spricht man von Post-Konflikt, und das erlaubt es, dem Frieden neuen Sinn zu geben.

Aber was sind die Auswirkungen auf und der Einfluss der Bevölkerung? Wo ist die reale Möglichkeit einer echten Beteiligung? Oder sind es verschiedene Entwicklungen in verschiedene Richtungen und Bewegungen, alle im Namen und Sinne des Friedens?

Die Regierung hat mit Havanna einen abgelegenen Ort vorgezogen, nach der schlechten Erfahrung im Caguán (2000-2002). Und sicher ging es bei der Wahl des Epizentrums der Gespräche auch um Sicherheit. Sicherheit und Diskretion. Aber das behindert natürlich die Teilnahme und die Verbindung zum Land. Selbst mit Internet und sozialen Netzwerken sind sie trotzdem auf einer Insel, wo der Anteil der Bevölkerung Kolumbiens gering ist. Und es ist weder möglich noch wünschenswert, einen Friedensprozess zu isolieren und auf einen Tisch, an dem Regierung und Guerilla sitzen, zu begrenzen. Aus mehreren Gründen: Ein Friedensprozess hat einen politischen Inhalt, der die ganze Bevölkerung betrifft; der Friedensprozess muss von den Menschen befürwortet werden, um legitim zu sein; und eine demobilisierte Guerilla braucht sozialen Raum und politische Unterstützung.

Die privaten Medien helfen wenig und die institutionellen tun ihr Bestes, haben aber nicht die gleiche Wirkung. Unter diesen Bedingungen, die verständlich und notwendig sind, sollte es eine kreative und bewusste Strategie und Bemühungen für mehr Pädagogik und Information geben. Unter Beteiligung aller Medien (nicht nur der staatlichen) sollte der Prozess erklärt, vermittelt und kommuniziert werden. Frieden kann nicht nur eine Frage der Debatte unter Experten, internationalen Organisationen, Agenturen und Opfern sein. Wenn man von der Notwendigkeit der Inklusion spricht, muss das auch im Prozess selbst geschehen, damit es Bewegung gibt. Was außerdem im Falle der FARC noch notwendiger ist.

Denn es ist eine andere Situation als die, die wir in unserem Prozess 1989 und 1990 vorfanden, als es Sympathie und Unterstützung der Bevölkerung gab. Die Popularität der aktuellen Guerilla-Bewegung ist sehr gering und der Glaube, dass man einen Krieg gegen die Guerilla nicht gewinnen kann, ist gebrochen, seit der kolumbianische Staat strategische Siege errungen hat. Auch die internationale Lage ist für die kolumbianischen Aufständischen sehr schwierig. Die Erfolge der neuen lateinamerikanischen Linken zeigen, dass es möglich ist, die Macht ohne Hilfe der Waffen zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Selbst die radikale Linke, von Chávez in Venezuela personifiziert, verstand, dass die Freundschaft mit den FARC eine Bedrohung und ein Vorwand für US-Intervention sein könnte und kein Vorteil für ihr politisches Projekt sei.

Dazu kommt die autonome Macht von internationalen Institutionen wie dem Internationalen Strafgerichtshof und, in Kolumbien, von Institutionen, die vor der Verfassung von 1991 kaum denkbar waren, wie das Verfassungsgericht und die Staatsanwaltschaft. Der Raum für Legitimität für

ein Abkommen mit den FARC ist heute viel enger als der, den wir mit der Guerilla in den 1990er Jahren hatten. Aber mit dieser Tatsache muss gerechnet und gearbeitet werden.

In diesen Tagen fragte uns - mehrere ehemalige Guerillamitglieder-, ein schottischer Forscher, wieso es einer im Vergleich mit den FARC zahlenmäßig unterlegenen Gruppe wie der M-19 (und anderen), möglich war, Veränderungen wie eine Verfassungsgebende Versammlung zu erreichen. Da stellt sich die Frage: Obwohl es sich bei den FARC um eine Organisation mit einer langen Geschichte und einer großen Zahl von Mitgliedern handelt - mit welcher Kraft kommt sie an den Verhandlungstisch?

Es ist interessant sich die Frage zu stellen, inwieweit die zahlenmäßige Größe die Dimension des Friedens bestimmt. Die Möglichkeit und Reichweite eines Friedens hat auch mit dem historischen Moment zu tun, mit der Gelegenheit. Im Jahr 1990 kamen in der Krise eine Menge Bemühungen von verschiedenen Seiten zusammen, um durch Grundreformen einen neuen Weg zu finden. Ist es heute auch so?

Heute gibt es eine neue Konjunktur. Eine neue Notwendigkeit und Chance. Die Regierung braucht den Frieden, selbst für ihre wirtschaftlichen Pläne. Die Vereinigten Staaten, die in Kolumbien viel zu sagen haben, wollen den Frieden auch, Kolumbien ist anscheinend nicht mehr der Sündenbock. Der Frieden erzeugt zwar nicht viel Begeisterung, ist aber eine Notwendigkeit. Unternehmer brauchen Frieden. Es ist nur die Frage, ob sie auch dazu bereit sind zu investieren und Strukturreformen zu unterstützen. Man sehe sich die Reaktionen auf die Maßnahmen von Bogotás Bürgermeister Gustavo Petro an, wenn es um ihre Interessen geht.

Viele sprechen von Post-Konflikt. Sergio Jaramillo, der Hohe Kommissar für Frieden der Regierung von Juan Manuel Santos, sagt, dass in Havanna kein Frieden unterzeichnet wird sondern eine Vereinbarung für einen Übergang zum Frieden. Und im Mittelpunkt dieses Übergangs steht die territoriale Frage. Das ist wichtig.

Die Verfassung von 1991 und die Kommission, die dafür gebildet wurde, schaffte es nicht, eine neue territoriale Organisation für die regionale Entwicklung zu schaffen. Heute ist es klar, dass diese regionalen Entwicklungen mit der Festigung eines stabilen und dauerhaften Friedens in Zusammenhang gesetzt werden müssen.

Es wird sehr schwierig sein, die territoriale Frage vom Drogenhandel und der landwirtschaftlichen Entwicklung zu trennen. Die Macht des Drogenhandels ist immer noch groß und beeinträchtigt die gesamte Wirtschaft, die Politik, den Staat und die Gesellschaft in diesen Regionen. Deshalb ist die Definition der Regionen nicht nur durch die Präsenz der bewaffneten Gruppen bestimmt, sondern es müssen auch die traditionellen Randregionen an den Grenzen einbezogen werden (Amazonas, Orinoco, Pazifik, Andenregion und innere Teile der karibischen Küste). Es muss auch an die Randbereiche in den Städten gedacht werden, wo Gewalt herrscht und die Akteure sich verwandeln und mit neuen, bisher unbekanntenen Methoden agieren, die immer mächtiger und raffinierter werden.

Dieser regionale und territoriale Ansatz ist der einzige Weg, um die strukturellen Probleme, die nicht nur durch einen Friedensvertrag überwunden werden können, anzupacken. Dies ist nicht DER FRIEDEN. Damit er möglich ist, kann dieser Frieden nicht den Anspruch haben - auch nicht in zehn

Jahren Übergang -, alle historischen und strukturellen Probleme Kolumbiens zu lösen. Er muss bescheiden sein, sich sehr auf seinen Kontext einstellen, als Prozess und als Übergang zum Frieden verstanden werden.

Es geht in erster Linie darum, verschiedene Ausschließungen zu überwinden. Wenn man Gewalt aus der Ausgrenzung vom politischen, kulturellen, wirtschaftlichen oder sozialen Leben erklärt, muss jeder Friedensprozess andere Prozesse einbeziehen. Aber das geschieht nicht spontan.

Der Frieden der 1990er Jahre hatte im Drogenhandel einen schrecklichen Feind für den Ausbau der Demokratie. Die Herrschaftsstrukturen wurden mit dem Wachsen der aufstrebenden Sektoren, die stark mit der Drogenwirtschaft verstrickt waren, erneuert. Die Mutationen dieser Wirtschaft sind erstaunlich und passen sich leicht an das politische Regime Kolumbiens an, das von geschlossenen und klientelistischen Strukturen geprägt ist, die die Komplizenschaft mit Mafia-Strukturen begünstigen, pflegen und verewigen.

Mit den Verhandlungen mit den FARC eröffnet sich wieder eine Gelegenheit, das Drogenproblem anzupacken. Dieses umfasst weit mehr als die Verknüpfung der mafiösen Strukturen mit den Guerilla-Strukturen und ist auch kein Randproblem in Randregionen. Die Verfahren gegen Drogenbarone und „Parapolítica“ zeigen den Einfluss der Paramilitärs auf Wahlen und Kandidaten und dass es sich um ein strukturelles Problem für die Demokratie in Kolumbien handelt.

Es gibt auch Stimmen gegen den Frieden mit den FARC. Stimmen, die politische, institutionelle und wirtschaftliche Macht besitzen. Angeführt werden sie von Expräsident Álvaro Uribe, der in wichtigen Medien und manchen Regionen großen Einfluss hat. Diese extreme Rechte tritt nicht wie früher in Gestalt krimineller Organisationen auf sondern im Grenzgebiet zwischen Legalität und Illegalität, zwischen Institutionalisierung und Marginalisierung, wo sich die Führung der Uribe-Gruppe nährt und bewegt. Auch diese Gruppen müssen in einen Prozess der Wiedereingliederung einbezogen werden. Es ist notwendig, dass diese Sektoren, die von den extremen Rechten oder den Sprechern der mächtigen Wirtschaftsverbände repräsentiert werden, auch ihre Anliegen, Angebote, Ängste, Sehnsüchte ausdrücken können und Garantien haben, damit sie den Schatten der Verschwörung und der Gewalt verlassen.

Ein weiterer Akteur ist das Militär. Obwohl es kein Wahlrecht hat, ist es eine politische Kraft. Kolumbien hat heute an die 500.000 Mitglieder in Heer und Polizei. Was wird mit ihnen in einem Friedensprozess geschehen? Man muss auch an ihre Wiedereingliederung in ein neues Land denken.

In den 1980iger Jahren begannen die FARC eine große Suche nach ihrer Identität als politischer Akteur. Von den Abkommen von „La Uribe“ über die Entstehung der Unión Patriótica (UP) bis zur Bolivarianischen Bewegung und der im Untergrund tätigen Kommunistischen Partei. Unter diese Versuche fallen Phänomene wie die Marcha Patriótica, die nicht gezielt als Ableger der FARC gegründet wurde sondern anfangs der Ausdruck einer spontanen Bewegung der Bauern und der benachteiligten Gebiete der jüngeren Kolonisation waren. Sie ist auch Ausdruck der Massenbewegungen, wie des Bauernstreiks im Jahr 2013 und jetzt im Jahr 2014. Es sind neue Realitäten, die beweisen, dass es nicht möglich ist, weite und starke Bewegungen zu schaffen, die an die Strategien der bewaffneten Organisationen gebunden sind. Alle Massenbewegungen müssen frei sein. Die Waffen sind kein Schutz für diese Bewegungen. Diese Erfahrungen bieten der Vernunft der Führung der FARC eine Chance in diesem Friedensprozess.

Aber diese Überlegungen decken nicht alle Fragen nach dem Schicksal der Basisstrukturen der Guerilla in Demobilisierungsprozessen ab. Denn mit wenigen Ausnahmen ist die politische Aktivität sehr viel offener für die Führung der mittleren oder oberen Strukturen.

Die Rückkehr, Wiedereingliederung, oder wie man den Prozess der Rückkehr von Ex-Kämpfern ins zivile Leben auch nennen will, muss als besondere Dimension des Friedens behandelt werden. Die politische Alternative ist eine Option, aber nicht die einzige. Kontinuierliche Schutzsysteme für ehemalige Kämpfer mit höherem Risiko sind eine weitere Option. In Prozessen wie dem von El Salvador war der Wiederaufbau der Streitkräfte ein Weg der bewaffneten Kontinuität in den Institutionen. Das scheint in Kolumbien nicht der Weg zu sein, wo am Ende des bewaffneten Konflikts wahrscheinlich eine Verringerung der Armee stehen wird. Aber es ist möglich, in einigen Bereichen an neue Streitkräfte, die für die öffentliche Sicherheit zuständig sein können, zu denken.

Seit den 1990er Jahren ist die Regierung der Meinung, die Wiedereingliederung führe über produktive Projekte mit Krediten, Beratung, Marktforschung und Ausbildung der Exguerrilleros. Trotz des Scheiterns dieser Aktionen im Prozess der Wiedereingliederung besteht sie darauf und beruft sich auf einige erfolgreiche Ausnahmen.

Ich will nicht bestreiten, dass das auch eine wichtige Komponente sein kann. Aber meine Überzeugung ist, dass Bildung und Erziehung die besten Investitionen in den Prozess der Wiedereingliederung und Demobilisierung sind. Es lohnt sich, sich erfolgreiche Erfahrungen in Grund-, Mittel- und Hochschulprogrammen anzusehen, die mit Friedenspädagogik und -kultur verbunden und davon inspiriert sind. Damit wird den Exguerrilleros der Zugang zu Aufgaben in der öffentlichen Verwaltung und zu anderen Angeboten und Möglichkeiten erleichtert. Und es kann auch eine versöhnliche Einstellung von Seiten der Bevölkerung in Schulen, Universitäten und Gemeinden bewirkt werden.

Unter den Forderungen der FARC ist eine neue Verfassungsgebende Versammlung, die die Vereinbarungen legitimieren soll. Auch andere Parteien von links und rechts, wie die von Álvaro Uribe, wollen eine neue Verfassung.

Man kann diese Forderung der FARC verstehen, weil, wie sie Iván Márquez sagte „wir nicht dabei waren“. Nämlich beim Verfassungsprozess 1991. Und weil die FARC auch in die kolumbianische historische Tradition gehören, in der, vor allem im 19. Jahrhundert, nach jedem Bürgerkrieg ein Vertrag unterzeichnet und eine neue Verfassung verkündet wurden. Die Fraktion, die den Krieg gewann, brachte ihre Einstellung darin zum Ausdruck: mehr Zentralisierung, mehr regionale Autonomie. Es gibt in einigen Kreisen die Überzeugung, dass die Verfassung eine Art Zauberstab ist, der von selbst Veränderungen erzeugt.

Aber die Verfassung ist nur ein wichtiger Rahmen, den man entwickeln muss. Die Frage ist immer, was nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens und der Verkündung der Verfassung passiert. Eine Verfassungsgebende Versammlung spiegelt die Zusammensetzung der politischen Kräfte wider. 1991 war das klar und dieses Mal wird es nicht anders sein. Wie würde diese Versammlung heute aussehen? Ist heute eine demokratischere Verfassung als die von 1991 sichergestellt? Die Verfassung von 1991 ist, nach Urteil von Freunden und Fremden, eine der modernsten und fortschrittlichsten des Kontinents, und das mit all den mehr als 30 Reformen und Gegenreformen. Sie wird sogar als utopisch und exzessiv rechtsstaatlich bezeichnet, weil sie die Bürgerrechte über die tatsächliche Kapazität des kolumbianischen Staates garantiert.

Ein weiteres Problem ist, dass es zwei Wege gibt, um eine neue Verfassung zu erreichen: entweder einen Pakt der Eliten und Akteure oder Wahlen. Die Wahl war 1991 ein umfangreicher Prozess, und damals standen an ihrer Spitze ein ehemaliger Guerillachef, ein Liberaler und ein Konservativer. Heute könnte eine Verfassungsgebende Versammlung nicht weniger als der demokratische Prozess von 1991 sein. Aber können die FARC eine gewünschte Zusammensetzung durch einen Wahlprozesses erreichen?

Für mich gibt es etwas Wesentliches in all diesen Angelegenheiten: Frieden als Mentalität, Frieden als Lernprozess, Lernfähigkeit und Lernbereitschaft.

Denn man muss anders denken lernen. Frieden ist nicht nur ein Ergebnis und ein Ziel. Er ist auch eine andere Art, sich zu sehen und zu denken. Frieden ist nicht nur eine Forderung und ein Anspruch. Etwas zu geben und Risiken einzugehen gehört auch dazu, weil es, trotz Erfahrung, ein Prozess voller neuer Erkenntnisse ist. Für alle Teilnehmer.

Jeden Tag hören wir den kolumbianischen Verteidigungsminister sagen: "Wir haben diese Terroristen, Banditen und Verbrecher verfolgt, geschlagen, ihnen hart geantwortet." Gleichzeitig spricht in Havanna die Regierungskommission von "den Aufständischen". Diese doppelte Sprache kann man verstehen, weil der Prozess mitten im Gefecht läuft. Das macht natürlich viel Lärm. Aber ein Friedensprozess braucht harmonisierende Positionen auf den verschiedenen Ebenen der Regierung und des Staates: Es muss eine neue Ausdrucksweise entwickelt werden. Der heutige Staatsanwalt ist ein gutes Beispiel dafür, immer auf kreative Art und Weise zu denken und Vorschläge zu machen. Er hat vorige Woche eine Lösung für den komplizierten Punkt vorgeschlagen, wie im Falle von Anklagen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgegangen werden soll. Verurteilte Guerilleros sollen nicht ins Gefängnis zu kommen sondern Sozialarbeit leisten können. Das ist eine Variante von wiedergutmachender Justiz. In diesem Sinn müsste man auch an Lösungen für Straftaten von Militärs im Rahmen des bewaffneten Konflikts denken.

Weiters ist ein Friedensabkommen und dessen Legitimation nur möglich, wenn bei den Kommandanten der FARC Vernunft, Realitätssinn und ein Verständnis für Verhältnismäßigkeit einkehren. Gleichzeitig muss ein neuer Diskurs entstehen.

Wir stellen uns vor, dass auch Veränderungen in der Mentalität der FARC vor sich gehen, angestoßen durch den Dialog und das Zusammenkommen am Verhandlungstisch. Wir wissen nicht, was dort geschieht. Aber damit man, wir, oder wer immer am Konflikt teilnimmt, Legitimität gewinnt, braucht man eine neue Haltung. Es geht nicht um Schuld, sondern um Wiedergutmachung und die Anerkennung der Verantwortung, die einem zukommt.

Wenn es zum Frieden kommen soll, reicht es nicht, nur historische Anklagen zu erheben, Rechnungen zu präsentieren und Forderungen an den Staat zu erheben. Sondern es geht auch darum zu zeigen, wozu man bereit ist und worauf man sich einlassen will.

Man kann den Frieden nicht nur als Ziel sehen sondern muss lernen, vom Frieden her und im Frieden zu denken. Es ist wichtig, sich vorzustellen, wie ein Land in Frieden, ein Zusammenleben ist, in Interaktion mit Staat und Gesellschaft. Und das bedeutet, nicht nur von den anderen, vom Staat, etwas zu verlangen, sondern sich zu fragen, wo unser Platz, unsere Verantwortung, mein Beitrag ist. Wenn ich von Integration und Demokratie rede, hat das auch etwas mit mir zu tun. Es geht nicht nur um das, was zu erreichen ist sondern um den Vorgang selbst und um uns mittendrin.

Trotz Kolumbiens struktureller Schwierigkeiten können wir die Fortschritte nicht leugnen. Die aktuelle politische Krise der Demokratie gleicht nicht der Krise, die aus der Zeit des Zweiparteien-Regimes stammt. Wenn auch die beiden traditionellen Parteien noch nicht verschwunden sind, sind sie keine hegemonialen politischen Institutionen mehr. Neue politische Alternativen, heute stärker rechts der Mitte, zeichnen eine neue politische Landschaft. Der Fall von Bogotá verdient besondere Aufmerksamkeit, nicht nur wegen seiner Originalität, sondern weil es die Hauptstadt ist. Die linken Optionen sind trotz der offensichtlichen Korruption der vorigen Stadtregierung unter Samuel Moreno als Alternative intakt. Und sicher werden diese Optionen in dem Maße, in dem FARC und ELN sich entwaffnen, gestärkt.

Es gibt Prozesse und Veränderungen, die nicht immer so verlaufen, wie man es sich wünscht und erträumt. Aber wir müssen sie anerkennen. Es gibt in Kolumbien große Probleme, aber es gibt auch wichtige Veränderungen, und es gibt viele weniger sichtbare Bemühungen, um den Frieden anders und vielfältig zu verstehen.

Kolumbien ist ein Land mit enormen strukturellen Problemen. Aber es ist nicht das gleiche Land wie vor 1991. Was wesentlich ist, ist eine kulturelle Veränderung, die erfordert, dass man den Frieden anders denkt. Als in den Jahren 1999 bis 2002 im Caguán der Dialog mit den FARC stattfand, war die Friedensbewegung darauf fixiert, und als die Verhandlungen scheiterten, hatten sie keine Aufgabe mehr. In der Ära Uribe suchten wir dem Frieden eine neue Bedeutung und andere Möglichkeiten zu geben, um den Frieden und den Rechtsstaat, den wir erreicht hatten, zu erhalten, mit all seinen Einschränkungen. Denn in der Verfassung von 1991 ist Frieden ein Recht und eine verbindliche Pflicht.

Wir, auch diejenigen, die 1990 den Waffen entsagten, haben gelernt, dass Frieden voller Komplexität und Möglichkeiten, ein Lernprozess ist. Es gibt keine Zauberstäbe für die historischen Prozesse, und man muss lernen, Veränderungen langfristig zu lesen.

Wir haben gelernt, dem Frieden andere Bedeutung zu geben. Von vielen Frieden zu reden. In der Mehrzahl. Große, kleine, lokale, individuelle, politische, kulturelle, etc. Alle haben einen Wert, und irgendwie haben sie auch dazu beigetragen, dass sich die Gegner an den Tisch gesetzt haben.

Vicens Fisas, ein katalanischer Friedensforscher, der Kolumbien gut kennt, sagte einmal vor Jahren erstaunt: „Es ist ein Land, das als eines der gewalttätigsten gilt, aber es ist ebenso ein Land, wo es die meisten Bemühungen und Initiativen für Frieden gibt.“

Der Frieden von Havanna wird historisch sein und es ist entscheidend, dass dies ein Prozess ist, der FARC aus der Falle des Krieges zu helfen. Es ist die Gelegenheit, bedeutende Transformationen zur Bewältigung von historischen Problemen in Kolumbien in Bewegung zu setzen. Der Verhandlungstisch in Havanna ist ein Prozess des Übergangs zum Frieden, nicht mehr und nicht weniger. Die Verhandlungen und Themen sollen Ausgangspunkt für viele Initiativen sein und weitere Prozesse stärken. Aber sie sollen sie nicht ersetzen.

Denn es ist nicht DER FRIEDEN. Es ist ein Frieden. Weder dieser noch ein anderer ist der totale Frieden. Den gibt es gar nicht. Frieden sind Prozesse und als solche haben wir nicht die Kontrolle über alles. Es sei denn wir sind Sieger. Aber bei Verhandlungslösungen spielen die Gegner, die Anderen auch mit, die wir oft nicht mögen. Und in Kolumbien ist das offensichtlich.

Es gibt noch einen weiteren Punkt: Diese Verhandlungen sind eine Chance, um Vieles zu bewirken und bewegen. Uns stellt der Friedensprozess nicht nur die Frage, ob wir in Havanna sein können und ob wir dort gehört werden. Seit Jahren fragen wir uns, was wir für den Frieden tun können. Wir selbst, in unserem Bereich.

Frieden wird gebaut und Frieden wird nicht delegiert. Das haben wir gelernt. Wir haben eine Verantwortung und eine Möglichkeit, von uns selbst aus in unserer Umgebung zu wirken. Das ist Teil unserer Bürgerschaft: nicht mehr zu warten, ob uns jemand rettet oder erlöst. Wir haben uns bemüht, für den Frieden, der von uns abhängt, zu arbeiten. Wir vertrauen und wünschen uns, dass der Verhandlungstisch ein Prozess wird. Das erwarten wir, aber wir warten nicht auf den Frieden.

Viele von denjenigen, die von dem vorigen oder einem anderen Krieg kommen, haben dem Frieden einen weiten Sinn gegeben. Wir bauen an ihm, weil wir wissen, dass es für einen dauerhaften Frieden notwendig ist, dass man Gewalt im Alltag, in der Erziehung und der Kultur abbaut, denn die ist der Nährboden des Krieges. Frieden im Alltag zu erarbeiten ermöglicht Vieles und gewinnt dort einen lebendigen Sinn für jedermann. Es ist nicht das große Ziel, das oft so weit weg und unerreichbar ist, sondern etwas Nahes, Erreichbares.

Das ist auch die Friedensarbeit. Denn Reintegration und Versöhnung gehören uns allen. Nicht nur denjenigen, die vom Krieg kommen, sondern auch denjenigen, die hier sind.

Die Veränderungen hängen von uns ab. Dauerhafter Frieden bedeutet, dass die Gesellschaft sich an vielen Prozessen und Bemühungen beteiligt, dem Frieden und der Versöhnung ein Umfeld schafft, um Hass und Ausgrenzung zu überwinden.

Die großen Revolutionen sind kulturelle Revolutionen, weil sie Veränderungen in der Mentalität hervorrufen, in den Gewohnheiten, im Denken, im Leben und Handeln. So die Revolution der Frauen, die der Ökologie, ... Frieden ist eine von ihnen. Wir müssen aufhören, weiterhin zu glauben, dass Gewalt der Motor der Geschichte ist und entdecken, dass Frieden eine neue Perspektive, eine neue Optik, eine neue Logik bedeutet. Es ist kein passiver Frieden, das Paradies auf Erden, wo wir alle gut und lieb sind. Die Logik der Gewalt vereinfacht, schließt aus, malt die Welt in Schwarz und Weiß, denkt im Muster Freund - Feind und erzeugt die Illusion, dass sie eine Macht ist, obwohl sie nur ein Zeichen der Ohnmacht ist. Frieden als Kultur und Friedenskulturen sind ein neues Denken und Begreifen.

Deswegen möchte ich mit einem Zitat von Albert Einstein schließen: „Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind.“